

das Sowjetvolk, und selbst einflußreiche Kreise in den meisten imperialistischen Ländern, ihn nicht wollen.

Um die nächsten wichtigen Schritte voranzukommen, ist es deshalb erforderlich, daß diejenigen patriotischen Kräfte in Westdeutschland an politischem Einfluß gewinnen, die ein echtes Interesse an der friedlichen Lösung der deutschen Frage haben.

Den festen Kern dieser großen **Bewegung für Frieden, Demokratie und Fortschritt** müßten die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei, die Kommunistische Partei, die fortschrittliche Intelligenz und die werktätigen Bauern bilden, um den sich alle demokratischen und friedlichen Kräfte gruppieren könnten.

Wir sind nicht der Meinung, daß auf westdeutschem Territorium erst eine Art zweite DDR geschaffen werden sollte, damit später ein einheitlicher deutscher Friedensstaat errichtet wird. Wir sind aber mit vielen Westdeutschen der Meinung, daß erst dann, wenn die Politik des westdeutschen Staates auf den Lebensinteressen der Werktätigen beruht, der gemeinsame Weg zum großen Ziel gefunden werden kann.

In den Beschlüssen und Diskussionen westdeutscher Gewerkschaftsorganisationen, von Organisationen der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Jugend, der Gewerkschaftsjugend, der Lehrverbände usw. gibt es viele Forderungen, Vorschläge und Ideen, die alle auf den notwendigen gesellschaftlichen Umbau der westdeutschen Bundesrepublik hinzielen. Sie berücksichtigen den gegenwärtigen Stand der Entwicklung in Westdeutschland.

Im folgenden sind die wichtigsten dieser Forderungen, Vorschläge und Ideen zusammengefaßt, die in den Beschlüssen der Ostermarschbewegung der Atomgegner, den Beschlüssen der Gewerkschaftsorganisationen und der sozialistischen Organisationen, der Kreise der Intelligenz und der Beschlüsse von Bauernorganisationen enthalten sind. Natürlich wird hier nicht Anspruch auf Vollständigkeit, auf ein völlig abgerundetes Bild der notwendigen gesellschaftlichen Umgestaltung erhoben. Es kann sich hier nur um eine skizzenhafte Zusammenstellung wichtiger Ausschnitte handeln, die aber — insgesamt gesehen — doch Ziel und Weg deutlich erkennen lassen.

Es handelt sich um die Durchführung der elementarsten Forderungen der Menschlichkeit und der Sicherung des Friedens. Die Bewegung für Frieden, Demokratie und Fortschritt, die sich in Westdeutschland entwickelt, basiert auf den elementarsten allgemein demokratischen

Forderungen. Fortschrittliche Bundestagsabgeordnete fordern eine **Reform des Parlaments**, durch die die vollen Rechte der Abgeordneten wieder hergestellt werden. Diese fortschrittlichen Abgeordneten fordern das Recht der Kontrolle der Durchführung der Gesetze und die Rechenschaftslegung vor der Bevölkerung.

Im Brief an die sozialdemokratischen Genossen haben wir darauf hingewiesen, daß die Konzentration des Kapitals und die technische Revolution **den Kampf um die Mitbestimmung und das Recht der Kontrolle in der Wirtschaft und in den Betrieben** durch die Gewerkschaften gebieterisch fordern.

Zu Recht fordern gewichtige gewerkschaftliche Kräfte vor allem eine **Veränderung der Machtverhältnisse in der westdeutschen Großindustrie**. Das ist schon deshalb notwendig, um dauerhafte Grundlagen der Existenz der Werktätigen und ihrer künftigen Politik zu schaffen.

Kürzlich hat der sozialdemokratische Wissenschaftler Vilmar nachgewiesen, daß bei dem jetzt erreichten hohen Stand der Konzentration des Kapitals und der Produktion die Rüstungswirtschaft ein wesentliches und tragendes Element des 'Spätkapitalismus' ist, das die Basis der ökonomischen und politischen Existenz der herrschenden Kreise sichert und zugleich ihr politisches Handeln bestimmt. Vilmar weist nach — dafür erntete er natürlich scharfe Angriffe der Konzerne und ihrer Presse —, daß die Mitbestimmung der Werktätigen in der Wirtschaft, die demokratische Kontrolle der Großunternehmen und die **volkswirtschaftliche Programmierung** sich zwingend aus den politischen und ökonomischen Interessen des arbeitenden Volkes ergeben.

Von besonderer Bedeutung ist, **die Zeitungskonzerne wie den Springer-Konzern u. a. unter Kontrolle zu nehmen** und damit der Hetze des kalten Krieges und der Kriegshetze einen Riegel vorzuschieben.

Auch eine **demokratische Landreform**, die das bäuerliche Eigentum sichert, ist zeitgemäß. Selbstverständlich geht es bei einer solchen Landreform nicht um Übertragung der Maßnahmen, die in der DDR notwendig waren und sich hier bewährt haben. In Westdeutschland haben sich unter dem staatsmonopolistischen Kapitalismus andere Bedingungen entwickelt. Über die gegenseitige Bauernhilfe, die gemeinschaftliche und genossenschaftliche Arbeit, suchen die werktätigen Bauern in Westdeutschland immer mehr nach Wegen, um sich — soweit es unter kapitalistischen Bedingungen überhaupt möglich ist — die Vorzüge des Landwirtschaftsbetriebes nützlich zu machen.